

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 1

Artikel: Wie W. I. Lenin sagte ...Pass auf deine Dame auf! : Politische Erziehung und Nacherziehung in sowjetischen Betrieben
Autor: Liepins, Edgar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie W. I. Lenin sagte

... Pass auf deine Dame auf!

Aus dem «lettischen Tagebuch» von Edgars Liepins

Was passiert, wenn man während des politischen Unterrichts Schach spielt? Nichts. In gewisser Hinsicht nimmt sich die «Indoktrinierung» der Erwachsenen in sowjetischen Betrieben und Aemtern von heute geradezu harmlos aus. Die Ideologie hat ihre Schwungkraft schon längst eingebüsst, und so ist man zufrieden, wenn die Leute dergleichen tun als ob und im übrigen Lenin einen guten Mann sein lassen. Aber ganz anders verhält es sich, wenn einer an seinem Arbeitsplatz gegen konkrete Missstände aufbegehrt. Dann zeigt die innerbetriebliche Politrepression ihre Krallen, und dabei ist von ausserbetrieblicher Verfolgung noch gar nicht die Rede.

Unser Bericht folgt den Tagebuchnotizen des Letten Edgars Liepins. Er ist 1978 in England gestorben, wenige Monate, nachdem man ihm die Ausreise aus der Sowjetunion gestattet hatte. Die letzten 21 Jahre seines Lebens lebte und arbeitete er in Riga, nachdem er schon seine Kindheit in Lettland verbracht hatte, das damals noch nicht zur UdSSR gehörte. Dazwischen lagen seine Lehr- und Arbeitsjahre in sibirischen Erziehungslagern.

Liepins schildert die innerbetriebliche Politrepression in der Sowjetunion am Beispiel Lettlands, aber der Stil ist in der gesamten UdSSR der gleiche.

Politerziehung mit standesgemässen Unterschieden

Die oberste Stufe der allgemeinen politischen Erziehung in der Sowjetunion bilden die Abendschulen der Universität für Marxismus-Leninismus.

Jedes Jahr müssen Betriebe, Aemter, Schulen und Institutionen eine festgelegte Anzahl von höheren Angestellten für einen dreijährigen Kurs anmelden. Das hat als hohe Ehre zu gelten, aber die meisten würden gerne darauf verzichten.

Oberstufe: Niemand fühlt sich berufen, aber einige werden auserwählt

Denn der Lehrgang findet in der Freizeit statt, und es gibt keinerlei Entschädigung oder Spesenvergütung. Indessen ist auch hier ein Plansoll zu erfüllen, und so macht sich die betreffende Parteiorganisation an die Ueberzeugungsarbeit. Wenn man schon nicht jeden zur Einsicht bringen kann, dass es in seinem Interesse liegt, die Abendschule zu absolvieren, so versteht er nach einer guten Unterredung doch bestimmt, dass es nicht in sei-

nem Interesse liegt, die Unterschrift zur vorgelegten Verpflichtung zu verweigern.

Für die sogenannten mittleren Kader gibt es politische Vorlesungen ein- bis zweimal pro Monat. Meist finden sie unmittelbar nach Arbeitsschluss statt und dauern zwei Stunden, manchmal auch drei.

Mittelstufe: Die Faulen schlafen, und die Fleissigen spielen Schach

Der Besuch ist obligatorisch. Fehlende Leute werden registriert und müssen sich anderntags im Büro des Funktionärs melden, der für die Organisation der politischen Arbeit im Betrieb zuständig ist. Bei ihm haben Unterrichtsschwänzer den Grund ihrer Absenz anzugeben. Anerkannte Entschuldigungsgründe sind zum Beispiel Krankheit in der Familie oder Teilnahme an einer sonstigen politischen Veranstaltung von genügender Wichtigkeit. Anderweitige Freizeitverpflichtungen zählen nicht. Hat jemand schon vor Bekanntgabe der Vorlesung auf diesen Tag hin eine Theaterkarte gekauft, entbindet ihn das nicht der Pflicht, dem politischen Unterricht beizuwohnen.

Bei solchen Veranstaltungen liest man im zentralen Teil meist die jüngsten Zentralkomitee-

Beschlüsse vor oder auch Ausschnitte aus kürzlichen Reden Breschnews. Anschliessend findet eine Diskussion statt. Hierbei werden die vorgelesenen Stellen anhand von Zitaten aus den Schriften Lenins erläutert.

Grundsätzlich haben sich alle Anwesenden Notizen über die Diskussion zu machen und dann daheim ihre Schlussfolgerungen niederzuschreiben. Zu Beginn der nächsten Veranstaltung werden diese Aufsätzchen, oder doch einige davon, den Anwesenden vorgelesen.

In der Praxis spielen sich die Dinge freilich nicht ganz so ab. Vielmehr vereinbaren die Teilnehmer gruppenweise unter sich, dass einer von ihnen das Nötige notiert und das verlangte Essay schreibt. Dieses macht anschliessend die Runde und wird abgeschrieben, dann und wann unter Ersetzung des einen Ausdrucks durch einen andern gleichen Sinns. Weil die korrekte Interpretation zum Thema bei jeder Diskussion mitgeteilt wird, stört die Einheitlichkeit der persönlichen Stellungnahmen niemanden; zu Aerger führen würde höchstens das Gegenteil.

So funktioniert das System reibungslos. Wer turnusgemäss an der Reihe ist, widmet seine Aufmerksamkeit dem Schulungstraktandum, während die andern ungeniert Schach spielen oder sich einem Nickerchen hingeben.

Die Organisatoren nehmen daran keinen Anstoss; ihr Plansoll ist dann erfüllt, wenn die schriftlichen Arbeiten beweisen, dass alle alles richtig begriffen haben, und dazu sind schwach variierte Kopien einer Mustervorlage geradezu ideal.

Unterstufe: Den Kerls wenigstens einmal pro Monat einen Leitartikel servieren. Wer nicht lesen will, muss hören

Auf der untersten Stufe wird der politische Unterricht den gewöhnlichen Werktätigen zuteil, und zwar in Form von Versammlungen, die meist einmal pro Monat über Mittag stattfinden.

Hier begnügt man sich häufig mit dem Vorlesen massgeblicher Zeitungsartikel aus der lettischen «Cina» oder der Moskauer «Prawda». Und massgeblich sind in diesem Rahmen vor allem Beiträge, die dartun, dass man die Produktion steigern soll. Die gleiche Ansicht kommt auch in Voten von Organisatoren und Versammlungsteilnehmern zum Ausdruck.

Hie und da sorgt man für noch grössere Abwechslung, indem man Berichte über das ausländische Geschehen vorliest. Ihnen ist etwa zu entnehmen, wie die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern mit Streiks und Demonstrationen immer noch für die grundlegenden Rechte kämpfen müssen, die im sozialistischen Vaterland verwirklicht sind.

Wenn die ganze Belegschaft vereinigt wird. Wir wollen alle, alle den Plan vorfris... Moment, die TV-Equipe schläft ja. Also nochmals: Wir wollen alle, alle...

Neben den abgestuften Veranstaltungen für das jeweilige Zielpublikum gibt es noch Versammlungen, an denen jedermann teilnimmt, vom Direktor bis zur Putzfrau.

Zu diesen Grossanlässen für die gesamte Belegschaft gehört auch ein Zeremoniell, das unter dem Motto «Die Bedeutung des Fünfjahresplans» einmal im Jahr stattfindet, normalerweise im Oktober oder November. Gastredner am spätnachmittäglichen Ereignis ist der lokale Partei-

So freudig lesen die Werktätigen die letzte Rede Breschnews vor dem Obersten Sowjet, wenigstens laut Darstellung in der polit-aufklärenden Literatur.

Bild aus dem Buch «Kommunisty Semidestjatyč» (Kommunisten in den siebziger Jahren), Moskau 1978.



sekretär. Handelt es sich freilich um ein Unternehmen oder eine Institution von gesamtsowjetischem Rang, wird als Vortragender ein Mitglied des lettischen Zentralkomitees delegiert.

In beiden Fällen sind Inhalt und Aufbau der Ausführungen gleich. Die Ansprache beginnt mit einem Hinweis auf die allgemeinen Errungenschaften und einigen treffenden Worten über die Rolle von Partei und Fünfjahresplan. Nach dieser Einleitung lenkt der Redner die Aufmerksamkeit auf konkrete Mängel, die es noch zu beseitigen gelte, insbesondere im betreffenden Betrieb. Keinesfalls gehe es hier darum, nach Schuldigen zu suchen, o nein, sondern darum, in gemeinsamer Anstrengung nach den Fehlern zu suchen und sie gemeinsam auszumerzen. Dann kommt der Vortragende seinen Dankespflichten nach, wobei er namentlich die Arbeit der Parteiorganisationen erwähnt, und schliesst mit seinem Aufruf zur fristgemässen Erfüllung des Jahresplanes.

Nunmehr tritt der Direktor an das Rednerpult. Er räumt die Unzulänglichkeiten ein und verspricht sie auszuräumen,

Schliesslich ist der Gewerkschaftssekretär an der Reihe. Zunächst äussert er einige Worte milder Kritik an der Betriebsleitung. Dann wendet er sich an die Versammlung mit der Aufforderung, sich offen zu grösseren Anstrengungen für die Erreichung des nächsten Jahresziels zu verpflichten. Die Anwesenden stimmen dem beifällig zu. Mehr noch: Einer von ihnen drückt den einmütigen Wunsch der Belegschaft aus, von sich aus die Verpflichtung einzugehen, den kommenden Jahresplan vorzeitig zu erfüllen, und wiederum bekunden die Versammlungsteilnehmer ihre Zustimmung.

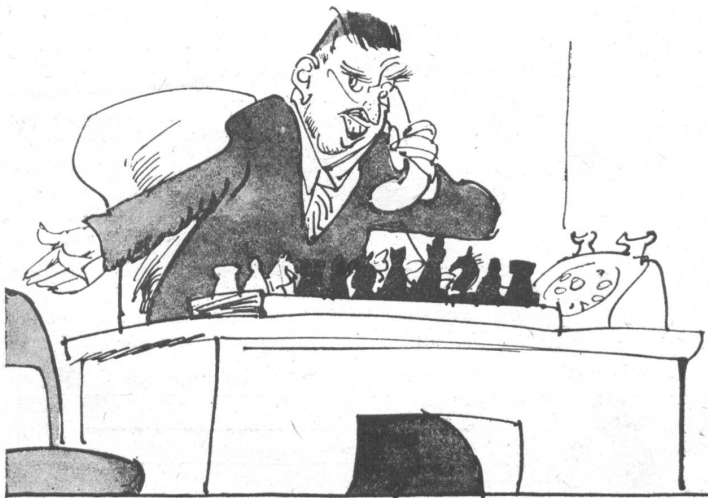
Das ist in den grösseren Unternehmungen der Punkt, an dem die Fernsehcameras zu schnurren beginnen, und das wiederum ist dann bei der späteren Programmausstrahlung der Punkt, bei dem die Zuschauer der Republik zu schnarchen beginnen.

Nomination der Kandidaten für den Sowjet: Also, Leute, da ist euer Kandidat. Wenn einer nicht einverstanden ist, soll er mal aufstehen; den merken wir uns dann

Wie gesagt kommen Versammlungen mit obligatorischer Teilnahme noch bei andern Gelegenheiten vor. Eine davon betrifft die Bestellung des Parlaments — oder betrifft sie vielmehr nicht im geringsten.

Im Vorfeld von Wahlen in den Sowjet werden die Kandidaten nominiert. Das geht so vor sich, dass der Mann, der in der Region für den betreffenden Sitz vorgesehen ist (mehrerer Anwärter auf einen Sitz bedarf es nicht) an Wahlversammlungen seinen künftigen Wählern vorgestellt wird. Die Einführungsrede hält ein höherer Parteifunktionär. Er zählt die Verdienste des Mannes oder der Frau für Partei und Staat auf. Dann bittet er die Anwesenden, die vorgeschlagene Persönlichkeit als ihren Kandidaten gutzuheissen.

Die Versammlungsteilnehmer dürfen dem künftigen Abgeordneten Fragen stellen. Meistens ma-



In sowjetischen Betrieben wird Schach allerdings nicht nur nebenher beim Politunterricht gespielt, sondern auch bei der Direktionstätigkeit, wie diese «Krokodil»-Karikatur zeigt.

Direktor: «Können Sie die Besetzung des Vizedirektorpostens denn nicht selber besorgen? Ich habe wirklich nicht Zeit, an alles zu denken.»

chen sie von der Möglichkeit überhaupt keinen Gebrauch, aber wenn Fragen vorgebracht werden, sind sie nicht so, dass sie den Kandidaten in Verlegenheit und den Fragesteller in Schwierigkeiten bringen könnten. Man erkundigt sich in wohlgesetzten Worten etwa danach, was man tun müsse, um die Produktion zu steigern, und der Kandidat gibt in wohlgesetzten Worten die richtige Antwort und unterstreicht speziell die Wichtigkeit gemeinsamer Anstrengung. Zuweilen fallen bei dieser Gelegenheit auch Vorschläge, wie die Arbeit in diesem oder jenem Bereich zu vervollkommen sei. Da nur Anregungen geäußert werden, die den Parteirichtlinien ohnehin entsprechen, kann sie der Kandidat unberücksichtigt danken und ihre wohlwollende Prüfung in Aussicht stellen.

Für seine Wahl als Deputierter ist der Kandidat keineswegs auf die Versammlung angewiesen. Zu diesem Zeitpunkt hat ihn die Partei schon längst ausgesucht und ausersehen, und von den Leuten wird nichts weiter erwartet, als dass sie die Tatsache zur Kenntnis nehmen und anerkennen, dass er als Abgeordneter in den Sowjet einziehen wird.

Wo der Spass aufhört: Die Kameradschaftsgerichte sind nicht nur widerwärtig, sondern auch gemein

Sind Betriebsversammlungen bis auf ihre Ueberflüssigkeit, Heuchelei und Freizeitvergeudung nicht weiter schlimm, so sind Abteilungsver-sammlungen häufig genug alles andere als harmlos. Dann nämlich, wenn man im Namen der

Kameradschaft gezwungen wird, über einen Kollegen herzufallen.

Niemand kann bei Arbeitsbeginn sicher sein, bei Arbeitsschluss nicht noch für eine Stunde oder so aufgehalten zu werden, und zwar durch eine unangekündigte Versammlung. In diesen Fällen gilt es, einem sogenannten «Kameradschaftsgericht» beizuwohnen. Dazu bietet man nicht die ganze Belegschaft auf, sondern nur die Angehörigen der Abteilung, in welcher der Beschuldigte arbeitet, den man disziplinarisch strafen will.

Bei einem solchen Verfahren anwesend zu sein ist eine ekelerregende Erfahrung. Man hat Zeuge der öffentlichen Demütigung eines Kameraden zu sein. Die Umstehenden werden dabei vom «Gericht» ermuntert bis angehalten, ihrer Entrüstung über das Verhalten des Fehlbaren Ausdruck zu geben. Vorsitzender bei diesem Akt der «gesellschaftlichen Gerichtsbarkeit» ist oft der Gewerkschaftssekretär des Betriebes; als Beisitzer dienen ihm zwei Partei- oder Komsomol-Aktivisten.

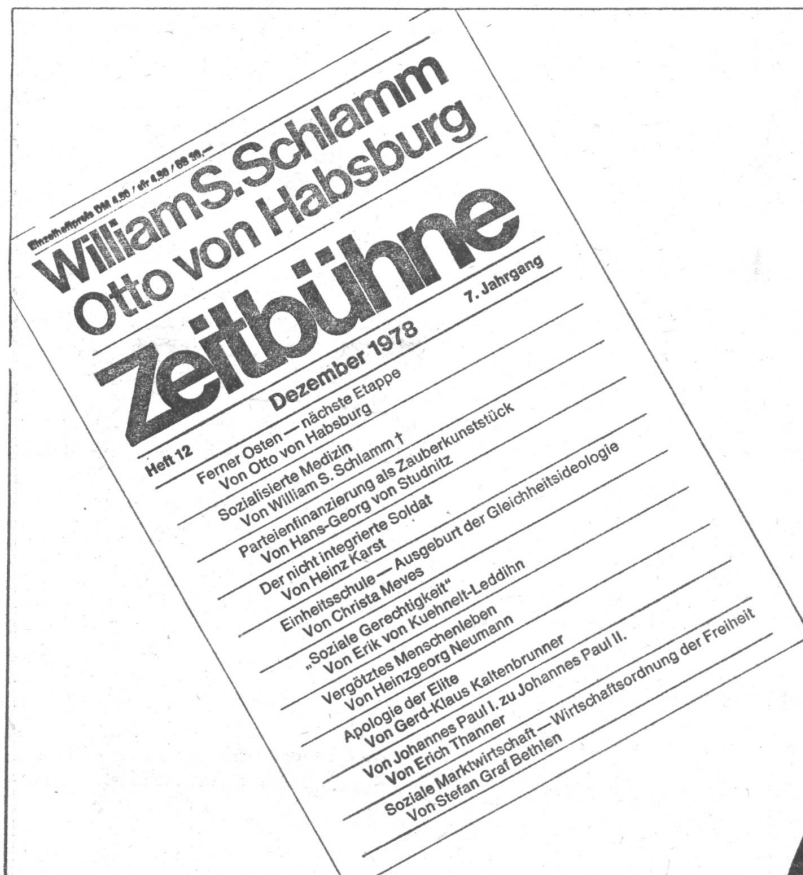
Laut sowjetischer Gesetzgebung sollten die Kameradschaftsgerichte sich auf Fälle beschränken, bei denen es um Verletzung der Arbeitsdisziplin geht: Absentismus, Erscheinen in alkoholisiertem Zustand, störendes oder anstössiges Benehmen und dergleichen. Aber sowjetische Gesetze sind dehnbar und können von den grossen und kleinen Machthabern nach Belieben umgebogen werden.

So kann sich einer unter irgendeiner fabrizierten Anschuldigung vor ein Kameradschaftsgericht gestellt sehen, aus dem einzigen Grund, dass

er einem Mächtigen der Parteiorganisation, der Betriebsverwaltung oder der Gewerkschaft missfällt. Vielleicht hat sich eine Arbeiterin über unzulässige Bedingungen am Arbeitsplatz beschwert — was sie theoretisch nicht nur tun dürfte, sondern sogar tun *sollte*. Oder ein Arbeiter, der sich bei den Beförderungen übergangen fühlte, hat über Ungerechtigkeit geklagt. Solchen Leuten kann ein beleidigter Boss ohne weiteres ein Verfahren anhängen mit der Begründung, sie hätten die Autorität der Verwaltung untergraben und damit die Betriebsdisziplin sabotiert.

Die maximale Strafe, die ein Kameradschaftsgericht verhängen kann, ist eine Busse von 50 Rubel (sie haben eine Kaufkraft von etwa 100 Franken und entsprechen dem Drittel eines Facharbeiter-Monatslohns). Wer dazu verurteilt wird, sieht sich am besten nach einer andern Stelle um, denn das Urteil impliziert die Aufforderung dazu. Er kann freilich auch bleiben, aber dann wird er mit Sicherheit bald wieder vor einem Kameradschaftsgericht stehen; bei unerwünschten Personen sucht man nicht lange nach Vorwänden.

An sich lässt sich jedes Urteil, das ein Kameradschaftsgericht gefällt hat, vor einem ordentlichen Gericht anfechten. Doch kommt es selten vor, dass einer von dieser Möglichkeit Gebrauch macht; er müsste es nämlich mit der kombinierten Macht von Betriebsverwaltung, Parteiorganisation und Gewerkschaft aufnehmen. Und zwar allein. Denn normalerweise wird er seine Kollegen nicht dazu bewegen können, als Zeugen für ihn aufzutreten. Die Leute haben zu viel Angst, ihrerseits mit den Mächtigen in Konflikt zu kommen. ■



Die «Zeitbühne» wird von Otto von Habsburg herausgegeben.

Namhafte Autoren der internationalen Publizistik kommentieren das aktuelle Geschehen und machen Alternativen sichtbar.

Die «Zeitbühne» versteht sich als engagiert politisches Organ, das niemandem verpflichtet sein will.

Lernen Sie die «Zeitbühne» kennen.

Schicken Sie den Informationsgutschein an: «Zeitbühne», William S. Schlammer Verlag, Postfach 1625, D-8858 Neuburg 1.

Informationsgutschein

für kostenlose, unverbindliche Zusendung von zwei Probeheften der «ZEITBÜHNE».

(bitte an folgende Adresse:)
